

Entschließungsantrag

der Gruppe der PDS

zu der dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1998 – Drucksachen 13/8200, 13/8883, 13/9001 bis 13/9027 –

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Haushalt 1998 leistet keinen Beitrag zum Abbau von Haushaltsdefiziten und zur Lösung der akuten wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Bundesrepublik Deutschland. Einerseits wird auf eine angemessene Besteuerung derjenigen verzichtet, deren Einkommen und Vermögen auch 1997 wiederum erheblich anstiegen. Andererseits werden die Einnahmeausfälle durch Massenarbeitslosigkeit nicht gebremst.

Damit setzt die Bundesregierung ihre Politik der Umverteilung von unten nach oben fort und trägt bewußt dazu bei, die soziale Polarisierung der Gesellschaft weiter zu verschärfen. Indem sie durch steuerliche Entlastungen der Großunternehmen neue Ausfälle bei Steuereinnahmen programmiert, werden die Mittel und Möglichkeiten zur Bekämpfung der millionenfachen Arbeitslosigkeit mit ihren verheerenden sozialen Folgen durch eine wirksame Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik verspielt. Ein Zukunftsinvestitionsprogramm sucht man vergeblich.

1. Der Haushalt 1998 bildet keine seriöse Grundlage für eine solide, beschäftigungsorientierte und sozial gerechte Wirtschafts- und Finanzpolitik. So werden z. B. allein durch den Rückgang der investiven Ausgaben des Bundes 1998 von 60 Mrd. DM (Soll 1997) auf rd. 58,1 Mrd. DM mindestens weitere 30 000 Arbeitsplätze gefährdet. Im öffentlichen Dienst sowie in früheren Unternehmen des Bundes, wie der Deutschen Bahn AG, der Deutschen Post AG und der Deutschen Telekom AG, wird ein Stellenabbau von 100 000 Arbeitsplätzen in Kauf genommen.
2. Der Bundeshaushalt 1998 ist in seinen Ansätzen, insbesondere auf der Ausgabenseite, unrealistisch. Er berücksichtigt die bereits heute absehbaren Risiken nicht und wird den Prinzipien der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit nicht gerecht. Das trifft in besonderem Maße auf den Etat des Bundesmini-

steriums für Arbeit und Sozialordnung zu. Mit einem Zuschuß von 14,1 Mrd. DM an die Bundesanstalt für Arbeit und Ausgaben in Höhe von 28,5 Mrd. DM für Arbeitslosenhilfe bleiben die Ansätze in einer Größenordnung von etwa 7 Mrd. DM weit unter dem voraussehbaren, auf gesetzlichen Verpflichtungen beruhenden Bedarf. Die Bundesanstalt für Arbeit beziffert den notwendigen Bundeszuschuß auf 15,7 Mrd. DM, also um 2,4 Mrd. DM mehr als im Haushalt veranschlagt. Die von der Bundesregierung in Ansatz gebrachte Erhöhung der durchschnittlichen Arbeitslosenzahlen 1998 von 200 000 Arbeitslosen ignoriert die zu erwartende Entwicklung offenbar bewußt. Nachdem der Haushalt festgezurr ist, räumt die Regierung ein, daß die Arbeitslosenzahl die 5-Millionen-Grenze überschreiten kann.

3. Die Nettokreditaufnahme des Bundes in Höhe von 56,4 Mrd. DM wird mit Haushaltstricks und kreativer Buchführung Maastricht-konform gerechnet:

- So werden Tilgungszahlung für Schulden des Bundeseisenbahnvermögens in den Jahren 1998 bis 2000 (1998 2,8 Mrd. DM, 1999 und 2000 je 2,5 Mrd. DM) ausgesetzt.
- An den Erblastentilgungsfonds werden 6 Mrd. DM weniger als vorgesehen überwiesen.
- Die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS), die Nachfolgeorganisation der Treuhand, erhält um 2,3 Mrd. DM gekürzte Mittelzuweisungen.
- Eine gute Milliarde DM soll aus sog. Zins-Swap-Geschäften an Zinsersparnis erwirtschaftet werden; d. h. langfristige Anleihen mit hohen Schuldzinsen werden gegen kurzfristige Bankkredite mit aktuell niedrigen Zinsen getauscht.
- Die Magnetschwebebahn Transrapid soll durch zusätzliche Verschuldung der Deutschen Bahn AG „finanziert“ werden.

All diese eventuell kurzfristig zu Buche schlagenden Ergebnisse sind Erfolge auf dem Papier. Sie leiten keine dauerhafte Sanierung der Staatsfinanzen ein, sondern führen zur Vorbelastung der Haushalte ab 1999 und senken das Vertrauen in die Kreditwürdigkeit des Staates.

4. Die ausufernde Privatisierung von Bundeseigentum zum Stopfen politikverursachter Haushaltslöcher stellt die Grundlagen einer sozial verantwortbaren Politik für die Zukunft in Frage und verhindert, daß die Bundesregierung ihrer im Grundgesetz verankerten gemeinwohlorientierten Verpflichtung nachkommen kann. Öffentliches Eigentum wird verschleudert, und es werden Belastungen für künftige Generationen geschaffen. Der Spielraum für gestaltende Politik im Interesse der Allgemeinheit wird immer mehr eingeschränkt. Es fehlt der Nachweis darüber, in welchem Verhältnis der im Ergebnis von Privatisierungen erzielte Einmalerlös sowie die Zinsersparnis für verminderte Kreditaufnahme zum dauerhaften Verlust an jähr-

lichen Gewinnausschüttungen aus öffentlichem Vermögen steht.

1998 sollen Privatisierungserlöse im Umfang von 28,7 Mrd. DM erzielt werden, darunter 8 Mrd. DM aus dem Verkauf von Telekomaktien des Bundes, der eigentlich bereits 1997 vorgesehen war. Der Ausverkauf öffentlichen Vermögens erreicht mit dem geplanten Umfang seinen bisherigen Höhepunkt. In derartiger Größenordnung wurde noch nie innerhalb eines Jahres privatisiert. Nicht nur, daß künftigen Generationen kaum noch öffentliches Eigentum, dafür aber ein riesiger Schuldenberg hinterlassen wird, versiegt z. B. auch die Quelle für Pensionsansprüche von Postbediensteten, für die der Bund nach der Jahrtausendwende aufzukommen hat.

5. Die Ansätze des Bundeshaushalts 1998 zementieren das West-Ost-Gefälle in Deutschland, drohen es gar zu verstärken.

Für die neuen Länder wird erstmals eine niedrigere Wachstumsrate als für die alten Länder prognostiziert. Notwendige Anstrengungen für einen „Aufholprozeß“, wie die Förderung des Absatzes ostdeutscher Produkte, die Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation sowie Technologietransfer, werden eingeschränkt. Zinszuschüsse, Zuweisungen an die Länder für betriebliche Investitionen und regionale Infrastrukturmaßnahmen, berufliche Qualifizierung und Maßnahmen zur Förderung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft gehen zurück. Die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ werden ebenfalls gekürzt. Ihre gegenwärtige Ausrichtung auf die einzelbetriebliche Förderung verstärkt die regionalen Disparitäten und trägt nicht dazu bei, sie zu überwinden.

6. Die Haushaltsansätze 1998 verhindern die Realisierung vorrangiger Aufgaben im Bereich von Ausbildung, Bildung und Forschung sowie beim ökologischen Umbau der Wirtschaft.

So findet „Zukunft“ offenbar nur bei Prestigeobjekten wie Transrapid und Vorhaben der bemannten Raumfahrt statt, während die Mittel für die Nutzung alternativer Energien und den Ausbau des Schienenwegenetzes bei weitem nicht ausreichen. Für ein mittelfristiges Lehrstellenprogramm fehlt jeglicher Ansatz. Damit ist der Ausbildungsnotstand für Hunderttausende junger Menschen auch für die Folgejahre programmiert. Eine zukunftsorientierte Hochschulreform wird nicht in Angriff genommen.

7. Der Haushalt 1998 verschärft die Benachteiligung von Frauen in der Bundesrepublik Deutschland.

Wichtige Aufgaben zur grundgesetzlich verankerten Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern werden nicht in Angriff genommen. Statt dessen sinken die entsprechenden Haushaltsbudgets seit 1996 stetig. Grundvoraussetzung für eine reale Gleichstellung ist die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen. Obwohl der Anteil von Frauen an den Arbeitslosen, der im Osten bei zwei Drittel liegt, unverändert hoch ist,

werden keine wirksamen Maßnahmen ergriffen, die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt wirklich zu verbessern. Für eine tatsächliche Vereinbarkeit von existenzsichernder Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung fehlt jeder Ansatz.

8. Der Haushalt 1998 trägt der veränderten außen- und sicherheitspolitischen Lage der Bundesrepublik Deutschland nicht Rechnung.

Die Bundesrepublik Deutschland ist auch nach Einschätzung der Bundesregierung nur von Ländern umgeben, mit denen freundschaftliche bzw. partnerschaftliche Beziehungen bestehen. Für ihren eigentlichen Auftrag der Landesverteidigung ist die Bundeswehr mit der vorhandenen Bewaffnung, die nach eigenen Aussagen auf modernstem Stand ist, mehr als gut gerüstet. Daher ist die Anschaffung des neuen Jagdflugzeugs Eurofighter 2000 durch nichts zu rechtfertigen. Seine Entwicklung kostet bereits über 8 Mrd. DM. Die Beschaffung schlägt mit ca. weiteren 30 Mrd. DM zu Buche. Nimmt man noch die zu erwartenden Betriebskosten hinzu, wird der Eurofighter ein 100-Milliarden-Projekt. Künftige Haushalte werden für 17 Jahre im voraus belastet. Für die Runderneuerung des Großgeräts der Bundeswehr und die Ausrüstung der Schnellen Eingreiftruppe, die von der Bundesregierung bevorzugt wird, sind weitere, kostenträchtige Beschaffungen geplant. Deren Summe beläuft sich für die nächsten 10 Jahre auf mindestens 128 Mrd. DM.

Die Zunahme der Konflikte in der Welt, die z. T. bewaffnet ausgetragen werden, verlangt nach zivilen statt nach militärischen Antworten. Gegen nationalistische Exzesse, Flüchtlingsströme, Armut, Umweltkrisen und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen helfen keine Krisenreaktionskräfte. Die für das Militär aufgewandten Ressourcen wären besser genutzt, wenn sie zur Bekämpfung der Konfliktursachen, für die Förderung von Demokratie und Wohlstand, für humanitäre Hilfsprojekte und internationale Flüchtlingsorganisationen zur Durchsetzung der Menschen- und Minderheitenrechte sowie zur Umstellen der Waffen- auf Zivilproduktion sowie für die Friedens- und Konfliktforschung eingesetzt würden. Die im Haushaltsentwurf zur Entwicklung modernster Minenwaffen und militärischer Minenräumsysteme eingestellten Mittel sollten unverzüglich für Zwecke der zivilen Minenräumung umgewidmet werden.

9. Umfangreiche Mittel in Höhe von über 73 Mio. DM im Bereich der Innenpolitik sollen für die Abschottungspolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten ausgegeben werden. Insbesondere gilt dies im Hinblick auf die Mittel für den Bundesgrenzschutz, für die Unterstützung des Schengener Abkommens und den Auf- und Ausbau von Europol. Bereits in den vergangenen Jahren führte die zunehmend militarisierte Flüchtlingsabwehr zu einer Reihe von Todesfällen an den deutschen Ostgrenzen. Gleichzeitig werden aus dem Budget des Bundesministeriums des Innern Organisationen, Verbände und Stiftungen finanziert, in

denen bekannte Rechtsextremisten arbeiten, die rechtsextremistische, rassistische, antisemitische und revanchistische Positionen verbreiten, u. a. im Bund der Vertriebenen mit seinen Landsmannschaften. Das mit 224 Mio. DM finanzierte Bundesamt für den Verfassungsschutz hat seine Aufgabe als Frühwarnsystem gegen den Rechtsextremismus nicht erfüllt.

10. Der geringe Puffer zwischen einer Nettokreditaufnahme von 56,4 Mrd. DM sowie den vorgesehenen 58,1 Mrd. DM an öffentlichen Investitionen im Etat rückt auch den Haushalt 1998 zumindest aus zwei Gründen in die Nähe der Verfassungswidrigkeit:

- die Annahmen zur Nettokreditaufnahme sind unsicher und zugleich geschönt;
- das Prinzip der Flexibilisierung der Ausgaben läßt es zu, daß für investive Zwecke eingestellte Mittel im Haushaltsvollzug deckungsfähig sind mit solchen für konsumtive Zwecke. Konkret bezieht sich das auf Ausgaben im Umfang von etwa 17 Mrd. DM.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, mit dem Bundeshaushaltsplan 1998 Signale für eine Politik zu setzen, die

- Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung schafft,
- Qualifikationen für die Zukunft sichert,
- es der öffentlichen Hand ermöglicht, eine größere Verantwortung für die Orientierung der Wirtschaft auf das Gemeinwohl wahrzunehmen und selbst wirtschaftlich tätig zu werden,
- die Leistungsfähigen verstärkt zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzieht.

Unverzichtbar dabei sind im kommenden Haushaltsjahr:

1. der Anlauf eines zehnjährigen öffentlichen Zukunftsinvestitionsprogramms. Damit sollten eine ökologische und eine Verkehrswende in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere in den neuen Ländern, angestoßen und die Infrastruktur in notleidenden Bereichen verbessert werden (Hochwasserschutz im Binnenland und an der Küste, städtische Infrastruktur, Schaffung von Kindergartenplätzen, Verbesserung statt Verschlechterung der Nutzungsbedingungen für alternative Energien und rohstoffsparende Technologien, für die Bürgerinnen und Bürger bezahlbare Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, Bereitstellung von Mitteln für den Ausbau des Radwegenetzes statt einseitiger Entwicklung des Straßenbaus, der zu immer mehr Status und Umweltbelastung führt, Flächenbahn statt Transrapid sowie Hochschulbau und -sanie-
rierung);
2. die Einrichtung eines „Fonds für soziale und ökologische Gemeinschaftsaufgaben“ bei der Bundesanstalt für Arbeit, aus

dem dauerhaft neue, zukunftssträchtige Tätigkeiten im sozio-kulturellen und Umweltbereich (öffentlich geförderter Beschäftigungssektor) finanziert werden.

Mit den Mitteln dieses Fonds wird der Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors im normalen Arbeitsmarkt, angesiedelt zwischen gewinnorientierter Wirtschaft und öffentlichem Dienst, begonnen. 1998 sollen 100 000 neue Arbeitsplätze finanziert werden. Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor muß die Integration von Frauen in das Erwerbsleben fördern und Beiträge zu ihrer gesellschaftlichen Gleichstellung leisten;

3. die Sicherung der Qualifikation für die Zukunft. Für junge Menschen muß ein Recht auf Erstausbildung verwirklicht werden. Solange eine Ausbildungsumlagefinanzierung nicht per Gesetz auf den Weg gebracht ist und die Wirtschaft ihren Ausbildungspflichten nicht freiwillig nachkommt, muß ein mittelfristiges Ausbildungsprogramm für 100 000 junge Menschen aufgelegt werden;
4. die Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen.

Eine zweckgerichtete Verbesserung der finanziellen Handlungsspielräume der Kommunen soll unmittelbar dadurch erfolgen, daß der Bund zumindest die finanziellen Folgen der „Kommunalisierung“ der Langzeitarbeitslosigkeit ausgleicht. Den Kommunen sollen ihre Sozialhilfeausgaben für diejenigen Arbeitslosen, die keinen Anspruch auf AFG-Leistungen haben, und für diejenigen Arbeitslosen, die ergänzend zu einem unzureichenden Anspruch auf Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe Sozialhilfe beziehen, erstattet werden (nach Schätzungen ca. 7,8 Mrd. DM). Dadurch erhalten die Kommunen nicht nur generell neue finanzielle Möglichkeiten für die Beteiligung an beschäftigungspolitischen Projekten, sondern vermehrt und zielgerichtet gerade diejenigen Kommunen, die stärker von der leistungsrechtlichen Ausgrenzung Arbeitsloser betroffen sind. Wiederaufgelegt werden sollte eine Investitionspauschale in einem Umfang von 3 Mrd. DM, die vom Bund unmittelbar den ostdeutschen Städten und Gemeinden zu deren eigenverantwortlicher Nutzung für die Verbesserung vor allem der sozialen Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird;

5. die Heranziehung der Leistungsfähigen zur Finanzierung der unter den Nummern 1 bis 4 genannten Maßnahmen, insbesondere durch
 - unverzügliche Eindämmung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung sowie das Schließen von Steuerschlupflöchern, Stichprobenverfahren zur vollständigen Erfassung von Kapitaleinkünften, Verbesserung der personellen Ausstattung von Steuerfahndung und Betriebsprüfung. Dadurch ließe sich bereits 1998 ein zusätzliches Steueraufkommen von 10 bis 15 Mrd. DM erzielen;

- die Beibehaltung des Solidarzuschlages in bisheriger Höhe, d. h. Verzicht auf die politisch motivierte Absenkung um 2 Prozentpunkte wodurch 7 Mrd. DM für den Haushalt 1998 gewonnen wäre;
 - die Wiedereinführung der Vermögensteuer bei reformierter Bemessungsgrundlage, wodurch ca. 9 Mrd. DM in die Länderkassen fließen könnten;
 - die Reform der Erbschaftsteuer, die mit ca. 15 Mrd. DM Mehreinnahmen verbunden wäre;
 - die steuerlich wirksame Auflösung ungerechtfertigter Rückstellungen, beispielsweise bei den Energieversorgungsriesen, was zu Mehreinnahmen in Höhe von ca. 12 Mrd. DM führen könnte;
 - die Besteuerung von Spekulationsgewinnen;
6. Umschichtungen von offensichtlich falsch eingesetzten Mitteln, wodurch Projekte finanzierbar wären, für die gegenwärtig Geld fehlt.

Die z. B. für Beschaffung von Kriegsgerät vorgesehenen 950 Mrd. DM für Schiffe, 930 Mio. DM für Flugzeuge und Flugkörper, 600 Mio. DM für Wehrforschung und -technologie und natürlich die 1,25 Mrd. DM für die Entwicklung und Beschaffung des Eurofighter wären für die Finanzierung einer ausreichenden Ausstattung der Hochschulen und Universitäten mit wissenschaftlichem Personal, Seminarräumen, Hörsaal- und Laborplätzen, Büchern und Geräten, aber auch für die Schaffung von Ausbildungsplätzen besser und zukunftsorientiert eingesetzt.

Im Bereich des Bundesministeriums des Innern können u. a. die Mittel für „Grenzsicherung“, für den Bundesgrenzschutz zum Vollzug von Abschiebungen und für die Geheimdienste gestrichen bzw. schrittweise zurückgeführt werden, um die Möglichkeit zu schaffen, höhere Mittel für Aufgaben zur geistig-politischen Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Bestrebungen und antisemitischen Positionen sowie für Bildungs- und Aufklärungsarbeit zur Eindämmung von Fremden- und Ausländerhaß in den Haushalt einzustellen;

7. zu längerfristigen Sanierung der Staatsfinanzen sind in Angriff zu nehmen
- die Vorbereitung der Erhebung einer Einmalabgabe auf große Geld- und Immobilienvermögen,
 - die Einführung einer Kapitaltransaktionssteuer,
 - die Einführung einer Steuer auf den Verbrauch von Luxusgütern,
 - die Einbeziehung von Werbungsausgaben in die Besteuerung,

- die Vorbereitungen zur Abschaffung der Wehrpflicht und der Umwandlung der Bundeswehr in eine Berufs- und Freiwilligenarmee, was in den nächsten Jahren zu einer erheblichen Absenkung der Personalstärke der Streitkräfte und beträchtlichen Einsparmöglichkeiten im Verteidigungsetat führen könnte.

Bonn, den 27. November 1997

Dr. Gregor Gysi und Gruppe